

## RULE OF LAW NETWORK

---

**From:** [REDACTED]  
**Sent:** Monday 22 January 2024 18:59  
**To:** RULE OF LAW NETWORK  
**Subject:** FW: Antwort: launch of the stakeholder consultation for the 2024 Rule of Law Report  
**Importance:** High

---

**From:** [REDACTED]  
**Sent:** Friday, January 19, 2024 2:53 PM  
**To:** [REDACTED]  
**Subject:** Antwort: launch of the stakeholder consultation for the 2024 Rule of Law Report  
**Importance:** High

Liebe Frau [REDACTED]

Ich bitte um Entschuldigung für die zufolge des Wechsels im Präsidium des Obersten Gerichtshofes zu Jahresanfang etwas verzögert erfolgende Stellungnahme!

1. Der Oberste Gerichtshof hat derzeit keine ihn betreffenden besonderen neuen Beobachtungen oder Bemerkungen zum Zustand des Rechtsstaats in Österreich.
2. Noch einmal erwähnenswert ist nur die der Kommission ohnehin bekannte und bereits im Vorjahr berichtete Änderung der Rechtslage in Ansehung des Bestellmodus für Präsidenten und Vizepräsidenten des Obersten Gerichtshofes, der Gegenstand von Kritik in den Berichten der letzten Jahre gewesen war.
  - 2.1. Durch Artikel 4 Ziffer 13 des am 29.12.2022 kundgemachten Bundesgesetzes Bundesgesetzblatt (BGBl.) I Nr. 205/2022 (2. Dienstrechts-Novelle 2022), wurden dem § 32 des Richter- und Staatsanwaltschaftsdienstgesetzes RStDG zwei neue Absätze 4a und 4b hinzugefügt:

*„(4a) Für die Planstellen der Vizepräsidentinnen und Vizepräsidenten sowie der Präsidentin oder des Präsidenten des Obersten Gerichtshofs hat ein eigener Personalsenat, in dem die Präsidentin oder der Präsident des Oberlandesgerichts mit der längsten Dienstzeit in dieser Funktion, bei gleich langer Dauer dieser Dienstzeit mit der längeren Dienstzeit als Richterin oder Richter und Staatsanwältin oder Staatsanwalt den Vorsitz führt und dem die Wahlmitglieder des Personalsenats und des Außensenats beim Obersten Gerichtshof angehören, die Bewerberinnen und Bewerber anzuhören, einen Besetzungsvorschlag zu erstatten und diesen an das Bundesministerium für Justiz weiterzuleiten.*

*(4b) Für den gemäß Abs. 4a gebildeten Personalsenat gelten die §§ 47 Abs. 1 und 3 bis*

5, 48 Abs. 1 und 49 mit folgenden Maßgaben:

1. Bei Verhinderung der oder des Vorsitzenden hat die Präsidentin oder der Präsident des Oberlandesgerichts mit der nächstlängsten Dienstzeit auf dieser Planstelle, bei gleich langer Dauer dieser Dienstzeit mit der längeren Dienstzeit als Richterin oder Richter und Staatsanwältin oder Staatsanwalt den Vorsitz zu führen.
2. Die Sitzungen des Personalsenats sind von der oder dem Vorsitzenden unter Bezeichnung des Gegenstands einzuberufen. Einer Tagesordnung bedarf es nicht.
3. Über einen allfälligen Ausschluss gemäß § 49 Abs. 4 entscheidet die oder der Vorsitzende auch dann, wenn sie oder er selbst allein oder mit anderen Mitgliedern des Personalsenats von dem Ausschlussgrund betroffen ist.“

Diese Bestimmungen traten gemäß § 212 Absatz 77 RStDG am 1.1.2023 in Kraft.

2.2. Hierzu ist ergänzend zu berichten, dass diese Bestimmungen bereits im Zuge der im Jahr 2023 zufolge der Pensionierung der bisherigen Amtsträger erforderlich gewordenen Ausschreibung und Neubesetzung der Positionen des Präsidenten und des (zweiten) Vizepräsidenten des Obersten Gerichtshofes erstmalig angewandt wurden. Die Bundesministerin für Justiz ist in beiden Besetzungsverfahren den Vorschlägen des neuen Personalsenates gefolgt und hat dem Bundespräsidenten die vom Personalsenat jeweils erstgereihten Personen zur Ernennung vorgeschlagen. Der Bundespräsident ist diesen Vorschlägen gefolgt und hat die ihm Vorgeschlagenen per 1.1.2024 zum Präsidenten bzw Vizepräsidenten des Obersten Gerichtshofes ernannt.

Mit besten Grüßen aus Wien

Michael Matzka

---

**Michael Matzka**

Supreme Court Justice

Head of Foreign Relations Department



1011 Vienna

Schmerlingplatz 11

Tel: +43 1 52152 3695

Mob: +43 676 8989 20018

Mail: [michael.matzka@justiz.gv.at](mailto:michael.matzka@justiz.gv.at)

▼ [REDACTED] ---07.11.2023 17:27:16---Dear all, I would hereby like to inform that the Commission has today launched a targeted consultati

Von: [REDACTED]  
An: "[JUST-RULE-OF-LAW-REPORT@ec.europa.eu](mailto:JUST-RULE-OF-LAW-REPORT@ec.europa.eu)" <[JUST-RULE-OF-LAW-REPORT@ec.europa.eu](mailto:JUST-RULE-OF-LAW-REPORT@ec.europa.eu)>

Dear all,

I would hereby like to inform that the Commission has today launched a [targeted consultation](#) to collect information about developments related to the rule of law in all Member States, in preparation of the 2024 Rule of Law Report.

Your contributions to past editions of the Rule of Law Report have been very valuable and we would therefore like to invite you to (again) contribute to this year's consultation. As part of the consultation, we are also interested in receiving feedback related to the recommendations addressed to the Member States in the previous Report. The consultation is available [online](#) until 15 January 2024.

In case you have any questions, please do not hesitate to contact me.

Kind regards,



**European Commission**

Directorate-General Justice and Consumers  
Unit C.1 Rule of Law



**European Commission**

Directorate-General Justice and Consumers  
Unit C.1 Rule of Law

